

Schädlicher Wettbewerb

Wettbewerb ist eine tolle Sache. Und dazu noch urdemokratisch. Die Wahl zwischen verschiedenen Produkten, Anbietern, Ansichten, Programmen und Personen zu haben, zeichnet eine freiheitliche Gesellschaft aus. Die CDU erlebt gegenwärtig einen Demokratie-Frühling. Abgesehen von ein paar nicht ernst zu nehmenden Zählkandidaten, bewerben sich eine Frau und zwei Männer darum, am 7. Dezember in Hamburg neuer Chef in Konrad-Adenauer-Haus zu werden. Und wie man weiß, ist das eine Vorentscheidung für das Kanzleramt. Die acht Regionalkonferenzen, die bis zum Dezember stattfinden, sorgen für eine dauerhafte Berichterstattung. Natürlich bleiben die Sachthemen in dieser Zeit fast unsichtbar im Schatten zurück.

Wettbewerb innerhalb einer Partei, wenn es wie in diesem Falle um die Neubesetzung des Vorsitzes geht, ist gut. Ein aufreibender Wettbewerb um den „richtigen“ Weg einer Partei, kann nach hinten losgehen. Diskutieren ja, aber nicht endlos und auch nicht immer öffentlich. Die Menschen wollen wissen, wofür eine Partei insgesamt steht und können nichts damit anfangen, wenn ein Teil der Partei linksherum und ein anderer rechtsherum marschieren will. Die Parteien müssen sich auf eine Linie verständigen und diese dann nach außen vertreten.



Ein Wettbewerb der schlimmsten Art ist es, wenn zwei führende Persönlichkeiten öffentlich ihre Konkurrenz zueinander ausleben. In allen Medien

wird das neue Verhältnis zwischen dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller und dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh gefeiert. Streit war gestern, jetzt wird gemeinsam Politik gemacht. Es reicht nicht aus, professionell zusammenzuarbeiten, die Menschen „draußen“ müssen auch den Eindruck haben, dass beide an einem Strang ziehen. Mein Eindruck aus zahllosen Begegnungen mit den beiden ist, dass sie sich besser verstehen, als es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Gemeinsam Ziele erreichen, ist das Motto der Genossenschaftsbank PSD. Dieses Leitmotiv sollten sich gerade Politiker zu Herzen nehmen.

Keine Solidarität für das Solidarische Grundeinkommen

Michael Müller hat zu Beginn seiner Bundesratspräsidentschaft im letzten Jahr ausführlich ein Arbeitsmarktprojekt vorgestellt. Das Solidarische Grundeinkommen. Wieder so ein öffentliches Beschäftigungs-

programm, reagierten die Nörgler und Schlechtredner in der Opposition, aber auch in Müllers Partei. Hingegen gab es in den Medien, und zwar bundesweit, große Resonanz und Anerkennung. Das SGE ist eben nicht nur wieder eines von vielen ABM-Maßnahmen, sondern wesentlich mehr. Es geht, und das wird viel zu wenig kommuniziert und wahrgenommen, um dauerhafte Beschäftigungen für Menschen, die aus dem Arbeitslosengeld I in das berüchtigte ALG II, auch „Hartz IV“ genannt, rutschen können. Um das zu verhindern, ist das SGE eine sehr geeignete Maßnahme, die man zumindest einmal ausprobieren sollte.

Was viele wissen, und um Streit innerhalb der SPD zu vermeiden, bislang nicht öffentlich machten, ist ein völlig absurder Wettbewerb zwischen dem von Hubertus Heil geführten Arbeitsministerium und Michael Müller. Die taz schreibt heute in einem sehr lesenswerten Beitrag unter der Überschrift: „Genosse Gegenwind“, „...ausgerechnet ein Genosse lässt Müller nun auflaufen: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will das Projekt (SGE) nach taz-Informationen nicht mit seinen Mitteln unterstützen. Mehr noch: Er ist offenbar gegen das Vorhaben. Nach Berichten aus Parteikreisen kam es auf einer Vorstandssitzung der SPD vor anderthalb Wochen zu einer Auseinandersetzung zwischen Heil und Müller. Der Bundesarbeitsminister soll Müllers Ansatz dabei als für die Partei schädlich bezeichnet haben.“ Gehen wir einmal davon aus, dass das stimmt, muss die Frage erlaubt sein, wes Geistes Kind dieser Herr Heil ist. Schädlich für die Partei, rund 100.000 Menschen einen Job zu verschaffen? Wie dumm ist das denn?

Wie bekannt, hat Heil, allerdings fast ein halbes Jahr nach Müller, ein eigenes Programm entwickelt, das so genannte Teilhabechancengesetz. Dieses richtet sich an Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, während Müllers Idee darauf basiert, erst gar keine Arbeitslosigkeit entstehen zu lassen. Vier Milliarden Euro stehen für Heils Projekt zur Verfügung. Müllers SGE würde rund 500.000 Euro kosten und 100.000 Menschen dauerhaft einen Job verschaffen. Heil will 150.000 Menschen nicht dauerhaft, sondern für bis zu fünf Jahre in Lohn und Brot bringen. Was niemand versteht, ist, warum nicht beide Projekte parallel laufen können. Die taz kommt zu dem Schluss: „Gut möglich, dass Hubertus Heil Müllers Vorschlag als Konkurrenz empfand.“ Das ist wirklich ein Paradebeispiel für einen schädlichen Wettbewerb. Heils Verhalten ist für die Partei schädlich, sonst nichts.

Wenn es nicht noch ein Einlenken des Bundesministers gibt, will Müller das SGE für Berlin allein starten. Nur zu!

Ed Koch